



**PARLAMENTARISCHE
VERSAMMLUNG
EUROPA-MITTELMEER**



**VIERTE PLENARSITZUNG
ATHEN, 28. MÄRZ 2008**

**ABSCHLUSSERKLÄRUNG
DES PRÄSIDIUMS**

Die vierte Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) fand am 27. und 28. März 2008 in Athen auf Einladung des griechischen Parlaments und unter dem Vorsitz von Herrn Dimitrios Sioufas, Präsident des griechischen Parlaments, in Anwesenheit folgender Ehrengäste statt:

- Kostas Karamanlis, Ministerpräsident der Griechischen Republik
- José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission
- Lluís Maria de Puig, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- Stavros Dimas, für Umwelt zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission
- Dušan Lesjak, Staatssekretär im Ministerium für Hochschulen, Wissenschaft und Technologie der Republik Slowenien
- Yannis Valinakis, Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten der Griechischen Republik.

Die Mitglieder der PVEM (Teilnehmerliste siehe Anlage) erklären ihr nachdrückliches Engagement für die Stärkung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses und die Verfolgung der Ziele dieses Prozesses und heben ihren Einsatz für eine Verstärkung der Rolle der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als der parlamentarischen Institution des Barcelona-Prozesses hervor, die zur Herstellung operationeller Kontakte zwischen der PVEM und der Partnerschaft Europa-Mittelmeer beitragen wird;

tragen der Tatsache Rechnung, dass der Mittelmeerraum seit jeher ein Treffpunkt zwischen Ost und West sowie Nord und Süd gewesen ist, ein Schmelztiegel der Welttraditionen und -kulturen, ein Raum der Herausforderungen und der Möglichkeiten für wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit, eine Brücke für Wirtschaft und Handel zwischen Europa einerseits und dem Nahen Osten, Asien und Nordafrika andererseits;

unterstreichen, dass die Parlamente in den ersten vier Jahren seit der Gründung der PVEM wichtige Themen erörtert und dabei Initiativen verfolgt haben, die auf die Schaffung und Festigung von Frieden und Wohlstand in der Region abzielen.

Die PVEM nimmt die Erklärung des Europäischen Rates zum „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ zur Kenntnis und bringt ihre Unterstützung für die Entwicklung von Initiativen zur weiteren Förderung des Dialogs Europa-Mittelmeer zum Ausdruck; sie appelliert an die Europäische Kommission, die Rolle der PVEM als legitimierte parlamentarische Dimension des überarbeiteten Prozesses unter anderem durch eine besser fundierte Rechtsgrundlage zu stärken.

Die PVEM hebt unter Berücksichtigung der Diskussionen und der Empfehlungen der Ausschüsse Folgendes hervor:

POLITISCHE FRAGEN

Sie unterstützt nachdrücklich den Prozess der Konsolidierung des Raumes Europa-Mittelmeer auf der Grundlage demokratischer Prinzipien und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit. Die fundierte Festlegung derartiger Grundsätze muss auch zu

einer starken Partnerschaft in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Lösung des Konflikts im Nahen Osten führen;

bekräftigt die Verurteilung des Terrorismus, der in keiner seiner Erscheinungsformen und unter keinen Umständen jemals gerechtfertigt sein kann;

erachtet den Kampf gegen den Terrorismus als gemeinsames Ziel, das entschlossen im Einklang mit internationalen Abkommen zu Menschenrechten, Grundfreiheiten und dem internationalen humanitären Recht sowie in Übereinstimmung mit den für die öffentlichen Behörden in den Ländern der Partnerschaft Europa-Mittelmeer geltenden demokratischen Grundsätzen verfolgt werden sollte;

ist der Auffassung, dass die Umsetzung des Verhaltenskodex durch die Annahme einer Definition des Begriffs „Terrorismus“ erleichtert wird; hofft daher zutiefst, dass die Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer sich auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen können;

meint, dass die Rolle der Medien im Zusammenhang mit dem Schutz vor Terroranschlägen durch Verbreitung solcher Werte wie Demokratie und Toleranz und Nutzung verschiedener Formen moderner Kommunikationsmittel wichtig ist;

hebt die Rolle der PVEM (der einzigen parlamentarischen Versammlung, in der alle in den Nahost-Friedensprozess eingebundenen Parteien vereinigt sind) hervor, insbesondere:

- sollte deren Fähigkeit verbessert werden, sich schnell einen festen politischen Standpunkt zu Aggressionshandlungen eines Mitglieds gegen ein anderes und mit Blick auf die Förderung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit zu erarbeiten;

- sollten Erkundungsmissionen von PVEM-Delegationen nach dem Vorbild der Mission, deren Entsendung in den Gazastreifen für zweckdienlich erachtet wurde, gefördert werden, um die politischen Positionen der Parlamentarischen Versammlung zu untermauern und den Nahost-Friedensprozess voranzubringen, der zu der dringend gewünschten dauerhaften Lösung führen soll;

- sollte eine Aussprache über die Beurteilung der Umsetzung des Friedensprozesses seit der „Annapolis-Konferenz“ im Plenum in Betracht gezogen werden;

SOZIOÖKONOMISCHE BELANGE

bekräftigt die Bedeutung der sozioökonomischen Konvergenz sowohl in den südlichen Ländern als auch zwischen den Mittelmeeranrainern sowie der regionalen Integration für den Erfolg von Investitionsplänen und die umfassende Entfaltung des Nutzens der wirtschaftlichen, industriellen und institutionellen Zusammenarbeit, zu der sich die Länder auf beiden Seiten des Mittelmeers verpflichtet haben; erkennt die Notwendigkeit, mehr EU-Länder und –Organisationen, insbesondere in Nord- und Mitteleuropa, in MEDA-Belange einzubeziehen und das große Investitionspotenzial der Mittelmeerregion innerhalb der Europäischen Union beständiger zu fördern;

fordert die Länder in der Region Europa-Mittelmeer auf, die Bedingungen für den freien Waren- und Dienstleistungs- sowie Personenverkehr zu verbessern, um ein ausgewogeneres Verhältnis bei den Beschäftigungsmöglichkeiten auf beiden Seiten

des Mittelmeers zu erreichen und neue Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten vor allem für Jugendliche zu schaffen;

erneuert den Appell betreffend die Verfolgung der Umwandlung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) in eine Entwicklungsbank Europa-Mittelmeer und fordert eine schnellere Durchführung technischer Studien zu einer solchen Umwandlung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank;

BILDUNG

räumt ein, dass Bildung und Forschung von entscheidender Bedeutung für die politische und sozioökonomische Entwicklung der Gesellschaft sind und bekräftigt das Ziel, einen gerechten und bedingungsfreien Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung zu erreichen;

fordert die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Hochschulkooperation, um durch schnellere Umsetzung der Gemeinschaftsprogramme TEMPUS und ERASMUS MUNDUS mit den Partnerländern die Mobilität von Studenten und Wissenschaftlern aus dem Süden in Bezug auf europäische Einrichtungen zu erleichtern;

fordert intensivere Anstrengungen zur Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Mittelmeeranrainern durch Erneuerung und Ausgestaltung von Hochschulbildungsprogrammen, insbesondere derjenigen, bei denen es um eine gedeihliche Kooperation zwischen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung geht;

fordert Regierungen und Parlamente angesichts der slowenischen Initiative zur Gründung einer Europa-Mittelmeer-Universität als einem wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Kooperationsnetz bestehender Universitäten auf, Kriterien für die Schaffung eines Raumes Europa-Mittelmeer im Hochschulbereich festzulegen und dabei die aktive Beteiligung der Mittelmeeranrainer zu gewährleisten und den Studentenaustausch zu fördern;

fordert den Europäischen Rat und die Mittelmeerländer auf, Maßnahmen zur Einrichtung einer Haushaltlinie zu ergreifen, die den weiteren Aufbau der Europa-Mittelmeer-Universität ermöglicht;

ersucht Regierungen und Parlamente, Jugendliche in den Mittelpunkt von Politiken für die Region Europa-Mittelmeer zu stellen und zu diesem Zweck auf die junge Generation ausgerichtete gemeinschaftliche und multilaterale Instrumente zu stärken und den Studentenaustausch sowie den Austausch über fachliche Erfahrungen zu fördern;

begrüßt die Absicht Marokkos, das zweite Jugendparlament Europa-Mittelmeer auszurichten; das erste derartige Treffen hatte vom 26. Mai bis 3. Juni 2007 in Berlin stattgefunden und bot jungen Menschen von beiden Seiten des Mittelmeers die Gelegenheit, ihre Ansichten über die Region und die Chancen für eine künftige Zusammenarbeit zu erörtern;

KULTURELLE THEMEN

betont, dass die zunehmende Verfügbarkeit neuer Medien sich als hilfreich für den Dialog, den Wissenserwerb und die Bildung der jungen Generation erweist, wobei dieses Instrument im Einklang mit ethischen Grundsätzen genutzt und in den Dienst einer Welt gestellt werden sollte, für die größere Fairness und Solidarität kennzeichnend sind. Die PVEM stellt jedoch fest, dass nach wie vor eine erhebliche „digitale Lücke“ besteht, die die Regierungen und Parlamente schließen müssen;

äußert die Hoffnung, dass die Medien ihrer Funktion als Vermittler in vollem Maße gerecht werden können, indem sie sich im Bewusstsein der wachsenden Rolle, die sie in einer modernen Gesellschaft zu spielen haben, an solchen Werten wie Transparenz, Unparteilichkeit, Informations- und Meinungsfreiheit, Achtung vor Kulturen und Besonderheiten orientieren;

unterstreicht, dass die Medien in der Verantwortung stehen, wenn es darum geht, provozierende Sendungen mit verunglimpfenden Inhalten zu verhindern, die mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung begründet werden und diskriminierenden und rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft Vorschub leisten könnten; hebt hervor, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung verantwortungsvoll und unter Achtung der Menschenrechte sowie von religiösen Symbolen und Überzeugungen, im Einklang mit internationalen Übereinkommen und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte sowie den Grundprinzipien der Partnerschaft Europa-Mittelmeer ausgeübt werden sollte;

verurteilt die weit verbreitete Verwechslung von Terrorismus und Islam und bringt ihr Bedauern über Straftaten und nicht zu rechtfertigende Diffamierungskampagnen gegenüber Muslimen zum Ausdruck und verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Produktion eines Films in den Niederlanden, dessen Inhalt als Angriff auf die muslimische Welt erachtet wurde;

betont in Anbetracht der bevorstehenden Kulturkonferenz Europa-Mittelmeer (Athen, Mai 2008), dass der Verbreitung von Kultur und der Teilhabe an Kultur zentrale Bedeutung für die Verständigung zwischen einzelnen Personen und Völkern und für den sozialen Zusammenhalt in den Ländern der Region Europa-Mittelmeer zukommt;

unterstreicht die Bedeutung eines sinnvollen interkulturellen Dialogs in der Region Europa-Mittelmeer unter Einbeziehung sämtlicher Bewegungen, die mit friedlichen Mitteln an ihren Idealen festhalten, um dadurch das gegenseitige Verständnis, gemeinsame Werte und eine gemeinsame Vision von unserer Zukunft zu fördern;

fordert die Prüfung der Möglichkeit, Treffen zwischen führenden Netzwerken der Anna-Lindh-Stiftung und dem Kulturausschuss der PVEM zu organisieren, um das Profil der zwischen ihnen bestehenden Kontakte zu schärfen;

begrüßt die Entscheidung, 2008 zum Jahr des interkulturellen Dialogs zu erklären, das genutzt werden muss, um die Diskriminierung (Verletzung von Grundrechten) von Frauen und Mädchen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und die Gesellschaft umfassender über die Stellung und Rolle von Immigrantinnen, ihre

Kultur und ihre Ziele in den Aufnahmeländern zu informieren; bemerkt, dass die Aufklärung und die Teilnahme von Immigrantinnen an gesellschaftlichen Veranstaltungen in Europa im Rahmen eines wechselseitigen Prozesses gefördert werden sollte;

MIGRATION

begrüßt die Ergebnisse des Europa-Mittelmeer-Ministertreffens zum Thema Migration am 19. November 2007 in Albufeira und verweist auf die Bedeutung des Rahmens für regionale Zusammenarbeit, hebt zugleich die Notwendigkeit hervor, die gemeinsame Steuerung von Migrationsströmen zu intensivieren, damit die Herkunfts-, *Transit*- und Zielländer - auch auf dem Umweg über Agenturen der Union - den größtmöglichen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen aus der Migration ziehen können, und so die illegale Migration bekämpft wird;

erinnert an die Todesopfer unter irregulären Migranten und Asylbewerbern im Mittelmeerraum während ihrer gefährlichen Reise in die Zielländer und betont die Notwendigkeit, das Leben dieser Menschen zu schützen;

verweist auf den engen Zusammenhang zwischen Arbeitsmigration und Entwicklung sowie die Bedeutung von Partnerschaften zwischen Regierungen, lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Zivilgesellschaft und Migrantenverbänden bei der Gestaltung wirksamer entwicklungspolitischer Maßnahmen;

appelliert insbesondere an Regierungen und Parlamente, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Geiste der Erklärung von Barcelona mit dem Ziel zu intensivieren, angemessene Ressourcen für die Förderung wirksamer sozialpolitischer Maßnahmen und umfassender Informationskampagnen aufzubringen, um jegliche Diskriminierung wegen der geografischen Herkunft von Immigranten durch die Annahme von Maßnahmen zur Schaffung eines einfacheren Systems für die Steuerung der legalen Zuwanderung auszuschließen und die uneingeschränkte Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen auch in Herkunftsländern zu gewährleisten;

bemerkt, dass Immigrantinnen in aller Regel erhebliche Schwierigkeiten haben, sich zu integrieren, sind sie doch vorrangig betroffen von Armut, sozialer Ausgrenzung, „Gettoisierung“, eingeschränktem Zugang zu öffentlichen und sozialen Diensten sowie Gesundheitsleistungen, von Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt, niedrigen Beschäftigungsquoten und hoher Arbeitslosigkeit, befristeter Beschäftigung und Beschäftigung im Niedriglohnssektor - oftmals ohne sozialen und wirtschaftlichen Schutz – oder in Sektoren der Schattenwirtschaft und nicht angemeldeter Beschäftigung, begrenzten Sprachkenntnissen, einer niedrigen Teilnahmequote im Bereich der Grundschul- und vor allem der Hochschulbildung, einer eingeschränkten Teilhabe am sozialen, politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Leben des Aufnahmelandes, Unkenntnis der Sprache, des Rechts und der Kultur des Aufnahmelandes;

stellt die Bedeutung der Aufklärung von Immigrantinnen über ihre Rechte heraus,

damit sie diese Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können und sich aktiv in die Gesellschaft des Aufnahmelandes einbringen können;

fordert die EU-Mitgliedstaaten und die Partnerländer auf, durch bilaterale Verträge über den Eintritt von Drittstaatsangehörigen in den Arbeitsmarkt oder mithilfe anderer Instrumente sicherzustellen, dass Immigrantinnen in den Aufnahmeländern einen sicheren Rechts- und Beschäftigungsstatus haben und dass sie gemäß dem „gemeinschaftlichen Besitzstand“ weder aufgrund ihres Geschlechts noch wegen ihrer Herkunft diskriminiert werden;

FRAUENRECHTE

richtet den dringenden Appell an die EU-Mitgliedstaaten und die Partnerländer, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Strafgesetzbücher bei Gewalt gegen Frauen und Kinder in jeder Form wirksame und abschreckende Strafen vorsehen, sofern sie dies noch nicht der Fall ist; dies gilt insbesondere für Zwangsehen, Polygamie und Verbrechen aus Gründen der Ehre; appelliert ferner an sie, das Bewusstsein der Polizei und der Justizbehörden für diese Belange zu schärfen;

fordert die EU-Mitgliedstaaten und die Partnerländer auf, die Diskrepanz zwischen der Anzahl von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zu beseitigen und die Chancengleichheit in akademischen Berufen zu fördern;

ENERGIE UND UMWELT

ausgehend von den Diskussionen während der Ausschusssitzungen und der Aussprache im Rahmen der 4. Plenarsitzung zum Thema „Energie und Umwelt: Perspektive für die Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer“

bringt die PVEM ihre Sorge über die sehr starke Kontaminierung des Meeres, der Luft, des Bodens und des Unterbodens und die extreme Verschmutzung natürlicher Ressourcen zum Ausdruck, die von nicht geplanten Entwicklungsvorhaben an den Küsten, einer übermäßigen Ausweitung der Aquakultur, dem Vordringen gebietsfremder invasiver Arten, einer Zunahme des Seeverkehrs, Landschaftsdegradation, Verlust an biologischer Vielfalt, Wüstenbildung und Küstenerosion betroffen sind; ersucht die EU-Mitgliedstaaten, ihre bilateralen Hilfsprogramme flankierend zur Initiative „Horizont 2020“ zu nutzen, und ist der Meinung, dass jede Initiative unter Berücksichtigung des Barcelona-Prozesses durchgeführt werden muss; fordert, dass Maßnahmen gegen die weitere Verschlechterung des Zustands des Mittelmeers eine vorrangige Aufgabe der EUROMED-Zusammenarbeit sein müssen;

beabsichtigt, sich weiter mit diesen Problemen zu befassen und zu diesem Zweck Änderungen in ihrem Bericht „Horizont 2020 für das Mittelmeer“ vorzunehmen, so dass ein umfassenderer und gründlicherer Bericht zum Klimawandel im Mittelmeerraum vorgelegt werden kann, wobei der Schwerpunkt auf Gefahren und Chancen für die Mittelmeerregion liegen wird;

verweist auf den engen Zusammenhang zwischen Wüstenbildung und erzwungenen Migrationsströmen, wie die steigende Zahl so genannter Umweltflüchtlinge belegt; dies erfordert gemeinsame Anstrengungen, um wirksame Kooperationsprogramme zur Bekämpfung der Wüstenbildung zu fördern und landwirtschaftliche Aktivitäten

auf lokaler Ebene sowie Maßnahmen zu flankieren, die auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der Trinkwasserversorgung urbaner Zentren abzielen;

fordert die großen internationalen Foren auf, feierlich zu bestätigen, dass der Zugang zu Wasser in ausreichenden Mengen als Garant für Leben und Gesundheit ein grundlegendes und unveräußerliches Menschenrecht ist, indem sie sich für Mechanismen und Zusagen einsetzen, die eine uneingeschränkte Wahrnehmung des Rechts auf Wasser ermöglichen; erinnert an den grundlegenden Wert des Wassers, dem die Kulturen in der Mittelmeerregion Rechnung tragen, und die Notwendigkeit, Entwicklung und Erhaltung des kulturellen Erbes miteinander zu verknüpfen, um sicherzustellen, dass Wasserbewirtschaftungsprojekte Wirkung entfalten und mit den Bedürfnissen der Bevölkerung vereinbar sind;

bekräftigt ihr Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und ihre Unterstützung für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und das Kyoto-Protokoll;

begrüßt die Schlussfolgerungen der UN-Konferenz zum Klimawandel in Bali (3. - 14. Dezember 2007), einschließlich der grundsätzlichen Einigung auf ein Ziel für die Reduzierung der Emissionen bis zum Jahr 2050, der Vereinbarung, 2009 eine verbindliche Regelung auszuhandeln, und der Zusage, Entwicklungsländer bei der Senkung und Anpassung zu unterstützen;

befürwortet in Anbetracht der Bedeutung, die der Verstärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer zukommt, und angesichts der Notwendigkeit, einen regionalen Energiemarkt aufzubauen, den griechischen Vorschlag, eine Energiegemeinschaft Europa-Mittelmeerraum nach dem Vorbild der Energiegemeinschaft in den südosteuropäischen Mitgliedstaaten der Union zu bilden.

Die Energiegemeinschaft Europa-Mittelmeerraum wird einen entscheidenden Beitrag zu folgenden Anliegen leisten:

- Sicherheit der Energieversorgung in den teilnehmenden Ländern durch Diversifizierung ihrer Energiequellen
- Akquirierung umfangreicher Energieinvestitionen im Mittelmeerraum im weiteren Sinne
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Energiesektor
- Schutz der Umwelt durch Gewährleistung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und Festlegung von Energiesparmaßnahmen unter Berücksichtigung des stetig wachsenden Energiebedarfs der Region.

Die Parlamentarische Versammlung, die sich der Tatsache bewusst ist, dass eine wirksame Lösung auf einem gemeinsamen Verständnis von einem gemeinsamen Ziel und einer Einigung über einen Handlungsrahmen beruhen muss, appelliert an alle Mitgliedstaaten, solidarisch zusammenzuarbeiten, ihre Technologien und ihr Know-how zur Verfügung zu stellen und die Zusammenarbeit auszubauen;

getragen von der Erkenntnis, dass ein angemessener Lebensstandard ein allgemeines Menschenrecht ist, während die Möglichkeiten für den Zugang zu Energie in unserer

Region – ebenso wie in vielen Regionen der Welt - immer noch äußerst ungleichmäßig verteilt sind;

empfiehlt den Regierungen im Raum Europa-Mittelmeer, die PVEM in ihrer Initiative zu unterstützen, den Zugang zu nachhaltiger Energie zu einem Menschenrecht zu erklären.

Die Parlamentarische Versammlung hat den Präsidenten beauftragt, diese Erklärung den Präsidenten der Parlamente und den Regierungen der Mitgliedsländer des Barcelona-Prozesses sowie allen teilnehmenden Institutionen zu übermitteln.
